



Interviews

Datum: 28. Juni 2023

Cem Özdemir im Gespräch mit Dirk-Oliver Heckmann

Heckmann: Verdorrte Felder, vertrocknete Wiesen: Seit Jahren bereits haben die Landwirte in Europa mit Dürre und extrem heißen Sommern zu tun. Und das bleibt nicht ohne Folgen. Ernten fallen geringer aus, damit verbunden hohe Einnahmeverluste und das bei enorm gestiegenen Preisen für Energie, Dünger und Futtermittel, auch infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. In dieser Lage findet ab heute in Münster der Deutsche Bauerntag statt. Anlass, nicht nur für Bauernpräsident Joachim Ruckwied, Alarm zu schlagen. Cem Özdemir von Bündnis 90/Die Grünen, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, schönen guten Morgen, Herr Özdemir.

Özdemir: Guten Morgen, Herr Heckmann.

Heckmann: Herr Özdemir, wir erleben einen Dürre-Sommer nach dem anderen, schon im Frühjahr regnet es regelmäßig viel zu wenig. Die Landwirte haben darunter besonders zu leiden. Stellen Sie sich darauf ein, dass das ein Dauerproblem wird? Oder ist das eine Phase, die auch wieder vorbeigeht?

Özdemir: Nein, darauf muss man sich einstellen und das ist nicht ganz neu. Unsere Landwirte wissen das schon länger. Sie spüren die Folgen der Klimaveränderung, der Klimakrise schon deutlich länger. Dazu gehört ja auch die Krise der Biodiversität, der Rückgang der Artenvielfalt. Das hat unmittelbar Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Wann pflanzt man was ein? Was pflanzt man ein? Wenn ich auf den Höfen bin, wird darüber diskutiert, was man überhaupt noch wann anbaut in der Bundesrepublik Deutschland, weil es einfach schwer vorherzusehen ist. Das nächste große Thema, das uns auch in Deutschland betreffen wird, wird das Thema Wasser sein.

Heckmann: Bauernpräsident Ruckwied, wir haben es gerade gehört, der fordert Hilfe vom Staat. Was werden Sie ihm denn sagen können, wenn Sie in Münster sprechen? Den Klimawandel, den haben die Landwirte ja nicht ausgelöst.

Özdemir: Das ist sehr richtig, aber wir sind Teil der Lösung mit der Landwirtschaft, mit der Ernährungswirtschaft. Aber wenn wir ehrlich sind, sind wir auch Teil der Ursache. So, wie andere Bereiche, der Verkehr, die Wirtschaft, die Energie, hat auch die Landwirtschaft ihren Beitrag zur Klimakrise. Das betrifft insbesondere die Immissionen aus der Tierhaltung. Deshalb gehen wir das Thema ja gemeinsam an. Aber es ist natürlich auch so, dass die Landwirte zu Recht darauf hinweisen, dass die Politik ihren Bereich übernehmen muss. Deshalb haben Sie vorher in Ihrer Sendung ja auch über das Thema Heizung geredet. Wir reden in der Landwirtschaft auch über die Nutzung der Photovoltaik, um einen Beitrag zu leisten gegen die Klimakrise. Als Landwirtschaftsminister weise ich aber auch darauf hin: Wir werden die eine Krise nicht lösen, indem wir die andere verschärfen, indem Flächen verlorengehen, die versiegelt werden. Deshalb bin ich ein großer Fan von Agri-Photovoltaik. Das heißt, wir nutzen landwirtschaftliche Flächen und ständern darüber Solarpaneele auf, sodass beides genutzt werden kann. Auch bei dem Thema Wiedervernässung von Mooren, wichtig im Kampf gegen die Klimakrise, aber bitte so nach Möglichkeit, wo immer es möglich ist, dass eine landwirtschaftliche Nutzung weiterhin möglich ist bei einer Vernässung. Denn wir haben in Deutschland dafür mit den Paludikulturen ja auch das notwendige Wissen. In die Richtung muss es gehen. Mehrfachnutzung. Also, schützen und nutzen, ist mein Motto.

Heckmann: Über konkrete finanzielle Hilfen haben Sie jetzt nicht gesprochen. Rückwied bezieht sich da auch auf ein konkretes Problem, nämlich, dass Bewässerungsanlagen installiert werden müssen, in viel größerem Maße, als das bisher der Fall ist. Und das könnten Landwirte nicht alleine schultern. Ist das eine Forderung, auf die Sie eingehen würden?

Özdemir: Also, wir haben ja geholfen. Wir haben geholfen, unmittelbar, um die Folgen des Krieges, also des Krieges Russlands gegen die Ukraine, abzumildern, in der gesamten Europäischen Union, auch bei uns. Die Mittel, die wir aus Brüssel bekommen haben, haben wir noch mal verdoppelt mit eigenen Mitteln, um kurzfristig zu helfen. Auch die Hilfen, die wir bei Strompreisbremse, Gaspreisbremse gemacht haben, haben sicherlich auch der Landwirtschaft geholfen. Die Entlastungen bei den Verbrauchern haben hoffentlich zu einer Steigerung der Kaufkraft beigetragen. Es wäre aber unehrlich, so zu tun, als ob wir die Folgen völlig ungeschehen machen können, also investieren wir auch und helfen beispielsweise, dass Wasserbedarfe effizienter, nachhaltiger gesteuert werden, dass Potenziale der Böden für

Wasserspeicherung gehoben werden. Humus aufbauen, ganz wichtiges Stichwort, wo wir mit Geld helfen. Stichwort Anbaumethoden, Kulturen, passende Fruchtfolgen. Und jetzt entwickeln wir gerade als Bundesregierung eine Wasserstrategie. Also, ich glaube, es nützt nichts, der Krise hinterher zu finanzieren. Das muss man sicherlich auch in Notfällen. Das tun wir auch, jetzt gerade wieder mit Brüssel.

Heckmann: Das heißt aber, Herr Özdemir, bei dem Punkt, da müssen Sie Herrn Ruckwied enttäuschen?

Özdemir: Ich glaube nicht, dass wir alles, was an Klimakrisenfolgen kommt, mit staatlichem Geld werden lösen müssen. Wir werden beides tun müssen. Das machen wir ja auch. Wir werden einerseits weiter mit voller Kraft die Klimakrise bekämpfen müssen. Sie kriegen ja mit, dass es auch innerhalb des demokratischen Spektrums jetzt ja welche gibt, die lieber sich mit denen beschäftigen, die auf die Klimakrise seit vielen Jahren und Jahrzehnten hinweisen, als sich am Ideenwettbewerb zu beteiligen, wie wir sie besser bekämpfen. Und gleichzeitig geht es leider auch um Anpassung, zunehmend. Das habe ich ja vorher gesagt: Was bauen wir wo an? Wir sind zum Beispiel auch in der Forschung tätig, um zum Beispiel im Bereich des Weins zu schauen: Welche Pflanzen kommen mit weniger Pflanzenschutzmitteln aus und sind den veränderten Klimabedingungen angepasst? Das Gleiche gilt für unsere Wälder. Wir bauen unsere Wälder mit sehr viel staatlichem Geld um, um sie klimaresilienter zu machen. Dafür müssen sie vielfältiger werden.

Heckmann: Einiges soll sich auch ändern bei der Tierhaltung, Herr Özdemir. Mitte Juni, da hatte der Bundestag Ihrem Gesetzentwurf zur Einführung eines verbindlichen Tierwohllabels zugestimmt. Das soll vier Stufen enthalten ab kommendem Jahr. Bezieht sich aber nur auf Schweinefleisch in Supermärkten. Systemgastronomie, Kantinen, verarbeitete Waren, Wurst und Sauenhaltung sind nicht abgedeckt. Und da sagt der Bauernpräsident, das kann nur der erste Schritt sein. Weshalb waren Sie so zurückhaltend?

Özdemir: Nun, da hat er ja recht. Das sehe ich doch genauso. Wir haben ja nun auch schon uns unterhalten und es könnte genauso von mir sein, denn man muss nur halt mal anfangen. Die Vorgängerregierungen haben viel geredet über den

Umbau der Tierhaltung. Sie haben sie auch umgebaut, nämlich ganz anders, wie ich es vorhabe, mit dramatischen Strukturbrüchen. Die Zahl der schweinehaltenden Betriebe von 60.000 2010 ist auf 32.000 nahezu halbiert worden. In Bayern, wo wir gerade ja Wahlkampf haben, von 20.000 auf 9.000 Betriebe. Das ist ein Minus von 54 Prozent. Man könnte also sagen, Union redet von Tierhaltung, schafft sie ab, Cem Özdemir ist Vegetarier und kämpft wie ein Löwe dafür, dass es auch in Zukunft in Deutschland Schweinehaltung, Tierhaltung gibt. Und jetzt gehen wir den ersten Schritt. Noch in diesem Jahr geht es weiter mit Gastronomie, mit den Ferkeln und dann Schritt für Schritt auf alle Nutztierarten und alle Vertriebswege der Tierhaltung.

Heckmann: Der Bund stellt eine Milliarde Euro für den Umbau von Ställen zur Verfügung, damit Tiere mehr Platz haben. Da sagt der Bauernpräsident, das sei viel zu wenig, ein Tropfen auf den heißen Stein.

Özdemir: Na, das kommt darauf an, wofür. Wenn es nur für den Umbau der Schweinehaltung ist, dann ist es nicht zu wenig. Wenn es für alles wäre, dann hätte er recht. Aber auch das weiß ja der Herr Ruckwied, weil wir regelmäßig miteinander sprechen. Jetzt geht es ja darum, dass wir bei der Schweinehaltung anfangen. Und die Koalition verhandelt ja gerade auch über die Frage, wie es danach weitergeht. Ich würde mir wünschen, dass diejenigen, die in den vergangenen Jahren bei 0,5 Prozent Inflation, bei sprudelnden Steuereinnahmen das Problem nicht gelöst haben ... ich muss das jetzt lösen bei 7 Prozent Inflation. Und Sie kennen die Haushaltspreise. Sie kennen die Haushaltslage. Ich fange jetzt an. Also, vielleicht wäre es ja auch mal schön, wenn die heutige Opposition, damalige Regierung, anstatt von der Seitenauslinie einfach nur zu hoffen, dass ich auf die Schnauze falle, mitanpackt. Das ist doch nichts, was man mit 51 Prozent gegen 49 Prozent löst. Ich meine, das Wahlergebnis der Landratswahlen in Thüringen hat doch gezeigt, es wäre gut, wenn die demokratischen Parteien ihren Beitrag leisten, damit der Konflikt zu Stadt und Land nicht größer wird. Ich bin dazu bereit, ich lade ein, aber ich kann auch niemanden zwingen.

Heckmann: Kritik, Herr Özdemir, an Ihrem Tierwohllabel kommt auch von Tierschützern. Der Tierschutzbund sagt, dieses Label ist quasi ein Witz, denn mit den unteren Stufen würden eindeutig tierschutzwidrige Haltungssysteme staatlich gesiegelt. Ist Ihr Tierwohllabel also nicht mehr als Etikettenschwindel?

Özdemir: Also, der Tierschutzbund weiß auch, dass leider die höheren Haltungsformen in Deutschland quasi in homöopathischen Dosen zu suchen sind, denn die Masse ist halt nach wir vor leider bei der Stufe, die gesetzlich der Mindeststandard ist und höchstens noch bei der Stufe drüber, Stall plus Platz. Und der Tierschutzbund weiß auch, staatliches Geld gibt es ausschließlich für die höheren Haltungsstufen. Also, ich zahle ja gar kein Geld für den gesetzlichen Mindeststandard oder für die Stufe drüber, sondern erst dann, wenn die Tiere rauskönnen, gibt es auch staatliches Geld. Und die Freunde vom Tierschutzbund wissen sicherlich auch, dass ich parallel dazu ja auch an der Novelle des Tierschutzgesetzes arbeite. Noch mal: Mit einem Gesetz werde ich nicht jedes Problem dieser Welt lösen. Ich habe es aber auch nie behauptet.

Heckmann: Kurz zum Schluss noch, Herr Özdemir, wollen wir auch blicken auf das EU-Naturschutzgesetz im Europaparlament. Das hat die EVP-Fraktion blockiert. Sie sagt, sie will damit die Bauern schützen und auch eine globale Hungersnot abwenden. Ist das nicht sinnvoll?

Özdemir: Es wäre sinnvoll, wenn es so wäre, aber es ist nicht so. Und das weiß auch die EVP, denn die EVP kennt Frau von der Leyen. Das ist nämlich ihre Kommissionspräsidentin, und wenn man richtig alles mitkriegt, auch ihre künftige Spitzenkandidatin für die Europawahlen. Und sie sieht das bekanntermaßen anders. Ich finde das schon etwas abenteuerlich, dass die Christdemokraten und ihre europäische Verlängerung in Brüssel Dinge vorlegen, die – das muss ich allerdings zugeben – handwerklich nicht immer gut gemacht sind. Siehe die Pestizidreduktionspläne in ihrer Umsetzbarkeit und dann vor Ort den Protest dagegen organisiert. Und Cem Özdemirs Rolle ist der Versuch, zwischen Christdemokraten und Christdemokraten zu vermitteln.

Heckmann: Landwirtschaftsminister Cem Özdemir von Bündnis 90/Die Grünen war das, live hier im Deutschlandfunk. Herr Özdemir, danke Ihnen für das Gespräch.

Özdemir: Sehr gerne.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und
Diskussionen nicht zu eigen.*